

Schweiz

Swissgrid testet Hochspannung unter Boden

Die Netzgesellschaft will zwar weiterhin Freileitungen bauen, erstellt allerdings auch Pilotprojekte mit Erdverkabelung.

Von Richard Diethelm

Im Konflikt, ob neue Hochspannungsleitungen im Boden oder auf Masten verlegt werden sollen, verlaufen die Fronten zwischen Landschaftsschützern sowie Anwohnern geplanter Anlagen und der Stromwirtschaft. Im April hatte das Bundesgericht in einem Streitfall zugunsten der aargauischen Gemeinde Riniken entschieden und von der Axpo verlangt, in einem landschaftlich heiklen Gebiet ein Verkabelungsprojekt auszuarbeiten. Nun ist die nationale Netzgesellschaft Swissgrid von ihrer strikten Ablehnung, 380-Kilovolt-Leitungen in den Boden zu verlegen, etwas abgerückt.

Die Stromwirtschaft hatte bis zum Urteil im Fall Riniken stets argumentiert, die Erdverkabelung sei 10- bis 40-mal teurer als der Bau einer Freileitung und technisch störungsanfälliger. Das Bundesgericht befand dagegen, Kabelanlagen seien «leistungsfähiger, zuverlässiger und kostengünstiger» geworden. In einer Gesamtbetrachtung gleichen die höheren Stromverlustkosten der Freileitungen die höheren Investitionskosten der Erdverkabelung «weitgehend aus».

Die Rechtsprechung folgt seither diesem Urteil. So gab das Bundesverwaltungsgericht im September der Gemeinde und Grundeigentümern von Tuggen SZ in dem Punkt Recht, dass die Axpo und das Bundesamt für Energie (BFE) als Bewilligungsbehörde von Hochspannungsleitungen die Verkabelung einer 380-kV-Leitung zwischen der Grynau und Siebnen vertieft prüfen müsse. «Planer von neuen Projekten sind gut beraten, auch eine Kabelvariante auszuarbeiten», folgert die BFE-Sprecherin Marianne Zünd aus der neuen Rechtsprechung.

Anstelle der Axpo, der BKW oder der Alpiq wird Swissgrid von 2013 an die «Stromautobahnen» erneuern, ausbauen und unterhalten. Im Auftrag von Swissgrid hatte die Technische Universität im deutschen Ilmenau den heutigen Kenntnisstand über Vor- und Nachteile von Freileitungen und Erdverkabelungen aus 176 Studien ermittelt. «Künftige Projekte basieren weiterhin auf der Variante Freileitung. Aber wir werden Verkabelungslösungen prüfen», zog der Direktionspräsident Pierre-Alain Graf gestern das Fazit aus der Studie.

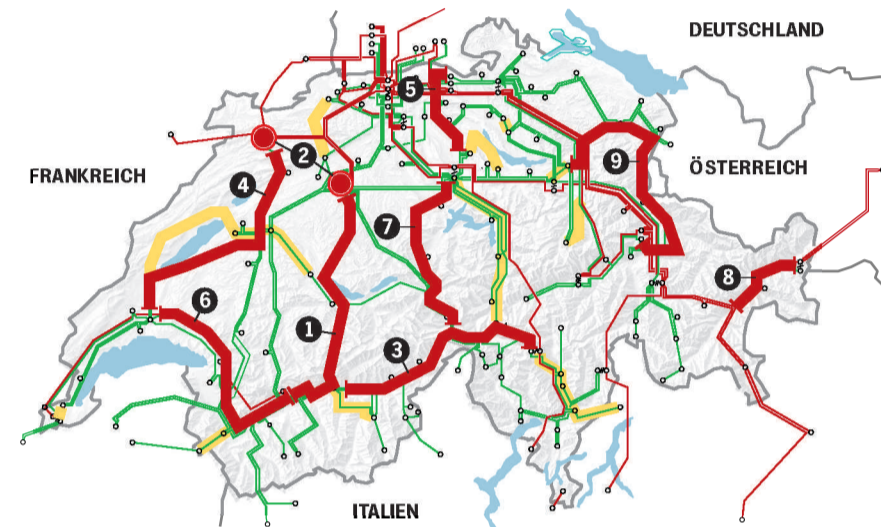
Swissgrid hält auch die Kombination von Freileitungen und Erdverkabelun-

gen «für eine gangbare Alternative». Eine totale Verkabelung aller geplanten 380-kV-Leitungen sei jedoch «nicht machbar», schränkte Graf ein. Swissgrid wird die «noch wenig erprobte» Erdverkabelung von 380-kV-Leitungen in Pilotprojekten testen.

«Ob es ein Pilotprojekt im Wallis oder bei Mühleberg geben wird, kann ich heute nicht sagen», sagte Graf. Zwischen Mühleberg und Wattenwil sowie im Wallis ist der Widerstand gegen die Leitungsbauer besonders gross. Der Walliser Volkswirtschaftsdirektor Jean-Michel Cina lud Swissgrid umgehend ein, Pilotprojekte in seinem Kanton zu realisieren.

Dringende Ausbauvorhaben im Hochspannungsnetz

Leitungen mit 380 kV in Betrieb unabdungbare Ausbauvorhaben
Leitungen mit 220 kV in Betrieb weitere Ausbauvorhaben



- 1 Gemmi+ (Bickigen-Chippis, Chamoson-Chippis)
- 2 Transformation Bickigen/Bassecourt
- 3 Goms+
- 4 Bassecourt-Mühleberg-Romanel
- 5 Beznau-Mettlen
- 6 Abtransport Unterwallis
- 7 Mettlen-Ulrichen
- 8 Pradella-La Punt
- 9 Mettlen-Rüthi/Rüthi-Bonaduz/Meiningen-Rüthi

TA-Grafik str / Quelle: Swissgrid

Mehr Transparenz bei Parteifinanzien: SP setzt auf Neue

Die Nationalratskommission will keine scharfen Regeln. Nun hofft die Linke auf die neuen Kollegen.

Von David Schaffner, Bern

Nicht wenige Politiker verschiedener Couleur haben in den vergangenen Wochen darüber geklagt, der SVP stehe weit mehr Geld für den Wahlkampf zur Verfügung als den übrigen Parteien. Exakt fünf Tage nach dem Urnengang wollen bürgerliche Vertreter indes nichts mehr wissen von Regeln, die etwas Licht ins Dunkel der Schweizer Politfinanzen bringen. Die Mitglieder der Staatspolitischen Kommission (SPK) aus CVP, FDP und SVP haben gestern geschlossen zwei Vorstösse für neue Transparenzregeln abgeschmettert.

Der eine verlangt, dass Parteien und Komitees künftig die finanziellen Mittel für Abstimmungskampagnen offenlegen müssen. Der andere will die Parlamentarier zum Transparentmachen ihrer Nebeneinkünfte aus Mandaten zwingen. Im Ständerat fand der erste Vorstoss im September eine Mehrheit. Über das zweite Anliegen hat die kleine Kammer noch nicht beraten.

Die Befürworter von mehr Transparenz zeigten sich gestern enttäuscht: «Ich bedauere den Entscheid stark», erklärt CVP-Fraktionschef Urs Schwaller. Er war es, der in der ständerätlichen Schwesterkommission das erste Anliegen (Abstimmungskampagnen) anregte. «Ich bin mir bewusst, dass im Nationalrat auch viele CVP-Mitglieder meiner Forderung ablehnend gegenüberstehen», meint Schwaller weiter. «Scheitert die Motion im Plenum, werde ich mich trotz der Haltung meiner Partei in den nächsten Jahren weiterhin für mehr Transparenz einsetzen.» Laut Schwaller lebt eine funktionierende Demokratie von informierten Bürgern - «an mehr Offenheit führt daher mittelfristig kein Weg vorbei», so der Freiburger.

Kippen die Mehrheiten?

Unzufrieden äussern sich auch die SP-Nationalräte und SPK-Mitglieder Andy Tschümperlin und Andreas Gross: «Die Bürgerlichen tun so, als spielte in der Politik das Geld keine Rolle», meint Gross. «Wäre dies wirklich wahr, würden sich die Wahlbudgets sämtlicher Parteien insgesamt nicht alle vier Jahre verdoppeln, so wie dies in der Vergangenheit der Fall war.» Gross schränkt ein, dass er die Stimmbürger nicht direkt für käuflich hält: «Wer aber viel Geld zur Verfügung hat, kann eine Stimme im Land erzeugen, die gewisse Entscheide begünstigt.» Überdies würden sich viele Bürger von der Politik ganz abwenden, weil sie von der dauernden Stimmungsmache angeekelt seien.

Trotzdem werden die beiden Vorstösse im Nationalrat nur rudimentär

diskutiert. Zu Wort melden dürfen sich nebst den Antragstellern nur gerade die Sprecher der Kommissionsmehrheit und -minderheit. Das passt Gross und Tschümperlin nicht. Sie wollen im Plenum für eine ausführliche Debatte kämpfen, damit das Thema Transparenzregeln im Nationalrat nicht untergeht: «Wir werden einen Ordnungsantrag stellen», meint Gross.

Überdies hoffen die beiden Sozialdemokraten wie auch Schwaller auf das neue Parlament: «Im Wahlkampf haben sich viele neue bürgerliche Kandidaten für mehr Offenheit ausgesprochen», meint Tschümperlin. «Es kann daher sein, dass im Plenum die Mehrheitsverhältnisse kippen.»

Es fehlen bloss drei Stimmen

Wer sich die Mühe macht, die Stellungen der gewählten Parlamentarier in der Wahlhilfe Smartvote zu überprüfen, stellt fest: Die Mehrheit der neuen FDP- und CVP-Mitglieder äussert sich gegen mehr Transparenz. Fathi Derder (FDP, VD), Yannick Buttet (CVP, VS) sowie Daniel Fässler (CVP, AI) sprechen sich hingegen mit jeweils sechs Bisheri-

In der BDP und der GLP sprechen sich die meisten Parlamentarier für mehr Transparenz aus.

gen aus ihren Parteien (vor allem aus dem eher linken oder welschen Lager) für schärfere Regeln aus. Bei den Wahlgewinnern BDP und GLP fordern gar die meisten beziehungsweise alle neuen und alten Nationalräte eine Offenlegung der Finanzierung.

Zusammen mit der Linken ergeben sich im neuen Nationalrat äusserst knappe Mehrheitsverhältnisse: Demnach werden sich voraussichtlich 98 von 200 Mitgliedern für mehr Transparenz aussprechen. Da selten alle Nationalräte bei einer Abstimmung anwesend sind, ist der Ausgang der Abstimmung offen.

Hinzu kommt, dass im Fall der Offenlegung der Nebeneinkünfte von Parlamentariern eine Stimme der SVP hinzukommen dürfte: Ihr Jungpolitiker Lukas Reimann sammelt aktuell für eine Volksinitiative, die exakt die gleiche Forderung stellt. Obwohl sich Reimann in Smartvote wie alle gewählten SVP-Politiker strikt gegen jede Transparenz ausspricht, dürfte er dem einen der beiden Vorstösse zustimmen.

Nachrichten

Distanzierung muslimische Verbände gegen Anti-Islamophobie-Demo

Mehrere muslimische Organisationen distanzieren sich von der Kundgebung gegen Islamophobie auf dem Bundesplatz von morgen Samstag. Sie sehen im Anlass des Islamischen Zentralrats eine Provokation. Es sei zwar berechtigt, auf die Diskriminierung von Muslimen aufmerksam zu machen, schreiben die islamischen Organisationen FIDS und KIOS. Doch im Kampf gegen Islamophobie brauche es keine «schrillen und verzerrenden Mittel». (SDA)

Sicherheitskommission Schweizer Armee soll Botschaft in Libyen bewachen

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SIK) kritisiert, dass die

Schweizer Botschaft in der libyschen Hauptstadt Tripolis von einer privaten Sicherheitsfirma bewacht wird. Sie fordert den Bundesrat auf, eine Bewachung durch die Schweizer Armee zu veranlassen. (SDA)

Umfrage Mehrheit will, dass Widmer-Schlumpf im Bundesrat bleibt

Die Wahltagsbefragung des Forschungsinstituts GfS Bern ergab: 68 Prozent sind für einen Verbleib von Eveline Widmer-Schlumpf im Bundesrat. 21 Prozent ziehen es dagegen vor, dass die BDP-Magistratin nicht wiedergewählt wird. Der Rest ist unentschieden. Die SVP kann laut der Umfrage nicht auf eine Mehrheit für einen zweiten Regierungssitz zählen. Lediglich 42 Prozent der Befragten wollen ihr einen zusätzlichen Sitz zuhalten, 47 Prozent sind dagegen. (SDA)

Erhebung Happige Gebühren bei Strassenverkehrsämtern

Kantone und Gemeinden verlangen für Leistungen wie die Abfallent- oder Wasserversorgung im Durchschnitt nicht mehr Gebühren als tatsächlich Kosten anfallen. Das zeigt ein erstmals veröffentlichter Index. Deutlich unter den effektiven Kosten lagen die Gebühren in den Bereichen Wasser/Abwasser (77 Prozent) und Abfallentsorgung (70 Prozent). Mehr als 100 Prozent der Kosten decken die Gebühren im Schnitt bei den Strassenverkehrsämtern, nämlich 113 Prozent. Dies gilt vor allem in den Kantonen AG, AI, BS und VS, wo der Index über 140 Prozent liegt. Bei der Interpretation des Indexes ist aber Vorsicht geboten, da die Berechnung mit zahlreichen methodischen Schwierigkeiten verbunden ist. (SDA)

Pensionierung

Rente oder Kapital: Was ist besser für mich?

Mit der Pensionierung ändert sich Ihre finanzielle Situation grundlegend. Ihre neuen Ziele sind ein sicheres Einkommen und ein sorgfältiger Umgang mit Ihrem Vermögen. Geldanlagen, Pensionskasse, Hypotheken, Steuern und Versicherungen: Was Sie heute entscheiden, bestimmt Ihren Lebensstandard für viele Jahre. Finden Sie heraus, wie die Vor- und Nachteile einer regelmässigen Rente und einer einmaligen Auszahlung zu bewerten sind, und wie Sie sich richtig entscheiden.

Pensionierung planen: VZ VermögensZentrum | Eine unabhängige Beratung zahlt sich aus. Überzeugen Sie sich selbst: Das erste Gespräch ist für Sie kostenlos und verpflichtet Sie zu nichts.

VZ VermögensZentrum

Aarau | Baden | Basel | Bern | Horgen | Lausanne | Luzern
Rapperswil | St. Gallen | Winterthur | Zug | Zürich

www.vermoegenszentrum.ch

Talon bitte senden an:

VZ VermögensZentrum, Beethovenstrasse 24, 8002 Zürich, Tel. 044 207 27 27

Antworttalon

Ja, Ihre unabhängige Meinung interessiert mich.

Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.

Senden Sie mir Ihr Merkblatt zum Thema

Pensionierung planen Häuser finanzieren Erben und Schenken
 Geld anlegen Steuern sparen Vermögensverwaltung

Name, Vorname _____ Jahrgang _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Tel. P. _____ Tel. G. _____